

**Rede zur Verabschiedung des Kreishaushaltes 2009 am
12.03.2009 der Fraktion GRÜNE im Rhein-Erft-Kreis durch die
Fraktionsvorsitzende Doris Lambertz**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

GRÜNE gewichten den Kreishaushalt am grundlegenden Kriterium der Nachhaltigkeit.

Diese definieren wir für alle Bereiche der politischen Gestaltungsmöglichkeiten des Kreises.

Dass diese Möglichkeiten künftig massiv eingeschränkt sein werden, zeichnet sich deutlich ab. Umso wichtiger ist es, neben ökologischer und sozialer auch die ökonomische Nachhaltigkeit zum Maßstab politischer Entscheidungen zu machen.

Gerade weil Gestaltungsspielräume enger werden, ist es erforderlich, heute die Prioritäten so zu setzen, dass Maßnahmen des Kreises langfristig positiv wirkende Effekte für die Menschen im Kreisgebiet haben.

Das ist der GRÜNE Faden, an dem entlang unsere Fraktion ihre Arbeit und Ansprüche konsequent orientiert.

Vor diesem Hintergrund bewerten wir den letzten Haushalt des Kreistags in dieser Legislatur.

Angesichts wachsender Ungewissheiten vieler Menschen über ihre persönliche Zukunft erwarten Bürgerinnen und Bürger in allererster Linie von der Politik verantwortungsvolle Lösungen. Die liefern GRÜNE kontinuierlich auch aus der Opposition heraus.

Gegensätzliche Auffassungen über den richtigen Weg benennen wir deutlich und werben für Alternativen. Neinsagen aus Prinzip, verbales Beharren politischer Konkurrenten ist dagegen nicht Stil der Kreis-GRÜNEN. Wir sind überzeugt, nur damit lässt sich Vertrauen in Politik erneuern – und das werden wir alle bitter nötig haben angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Entwicklung.

Die GRÜNEN Fraktion legte bereits Ende Januar insgesamt 16 Anträge Fraktionen und Öffentlichkeit vor. Die GRÜNEN waren damit gut vorbereitet und bereit, die Haushaltsberatungen auch in den Fachausschüssen zu führen.

Wir hätten uns gefreut, wenn auch die anderen Fraktionen so zügig mit ihren Anträgen gewesen wären. Dem war nicht so, so dass die Fachausschussdiskussion des Haushalts nicht stattfinden konnte und nur eine Marathonsitzung des Kreisausschusses durchgeführt wurde.

Dass die Beratung über unsere Anträge zumindest von CDU und FDP stattgefunden hat, ist der Tatsache zu entnehmen, dass diese Änderungs- und Ergänzungsanträge zu einigen der GRÜNEN Anträge stellten. So beispielsweise zur Waldvermehrung, zum Schnellbusantrag und zum Antrag, ein Gutachten zur Verkehrsgesellschaft erstellen zu lassen.

Schon aufgrund des Timings, aber auch aufgrund der völlig unhandlichen Tabellenform der SPD-Anträge war schnell klar, dass diese nach dem Motto: „Vogel, friss oder stirb“ gestellt wurden. Die SPD war offenbar nicht an Gesprächen über ihre Anträge interessiert, sondern daran, diese ablehnen zu lassen, um sich als „einzige Alternative“ inszenieren zu können.

Wir bedauern diese Vorgehensweise, zeigt sich doch in der Regel, dass es sehr wohl möglich ist, Fraktions-übergreifende Initiativen auf den Weg zu bringen und sich zu verständigen.

Aus unserer Sicht ein gutes Beispiel aus der letzten Zeit ist die Verständigung über das Kompetenzzentrum für regenerative Energien und Energiekompetenz. Oder die von allen Fraktionen bekräftigte Bereitstellung von Mitteln für ein neues Frauenhaus. Das tragen alle Fraktionen des Hauses mit, und das ist gut so. Sachliche Verständigung hat nichts - aber auch rein gar nichts - mit Klüngel zu tun, wie die SPD-Fraktion GRÜNEN vorwirft.

Da dies die letzte Sitzung mit Verabschiedung des Haushalts in der Legislatur ist, werde ich ausführlicher als sonst Rechenschaft für die Bewertung der GRÜNEN ablegen.

Doppelzuständigkeiten binden Personal und Geld. Nach Ablehnung unseres Antrages bei Enthaltung der SPD, die Bürgermeisterkonferenz mit der Aufgabe zu betrauen, deutlicher als bisher zwischen Kreis und Kommunen zu sortieren, wer was macht, wird sich daran wohl leider nichts ändern.

Sollen auch in Zukunft ausreichend Mittel zur Erfüllung der Kernaufgaben des Kreises zur Verfügung stehen, wird man sich aber wohl oder übel zu diesem Thema verständigen müssen. Denn alle sind sich ja im Klaren darüber, dass die Beibehaltung der Kreisumlage wie jetzt geschehen, nicht zu halten sein wird. Die weitere Verringerung der Ausgleichsrücklage ist nicht möglich und der Bestand an RWE-Aktien ist endlich. Die Ausgaben für Leistungen nach Sozialgesetzgebung werden absehbar nicht zurückgehen, eher das Gegenteil steht zu erwarten.

Wir werden lernen müssen, qualitativ nach neuen Lösungen zu suchen. Dies muss in einem breiten Dialog unter Demokraten geschehen.

Ich komme zur Bewertung des Umgangs mit den jeweiligen Inputs der Fraktionen durch GRÜNE.

Fangen wir an mit dem Punkt „Qualifizierungsprogramm Personalentwicklung“. Um die Personalentwicklung mit Leben zu füllen, bedarf es zwin-

gend intensiver Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die GRÜNE Fraktion hatte hierzu beantragt, den vorgesehenen Betrag von 25.000 Euro auf 80.000 Euro zu erhöhen. Die CDU/FDP-Mehrheit hat diesen Antrag aufgegriffen und den Antrag qualitativ ergänzt und verbessert. Diese Ergänzung finden wir richtig und zielführend. Daher konnten wir dem auch so zustimmen.

Die SPD zog es vor, den Antrag abzulehnen mit der Begründung, dass noch keine Stellenbeschreibung der Personalentwicklerin vorliegt. Was das Eine mit dem Anderen zu tun hat, ist uns nicht klar geworden: Selbstverständlich muss die Stellenbeschreibung so schnell wie möglich her. Aber deswegen müssen doch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht eingeschränkt werden. Zumal diese SPD-Forderung ja von allen aufgegriffen wurde und der Landrat die zügige Erstellung der Stellenbeschreibung zugesagt hat.

Der Antrag von CDU und FDP zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes basiert auf der GRÜNEN Forderung zum Haushalt 2006, wegfallende Landesförderung für die Arbeit des Frauenhauses wenigstens teilweise zu kompensieren – natürlich stimmen wir dem nun zu.

Nach 20 Jahren seit Eröffnung des Frauenhauses bestreitet hier heute niemand mehr die Tatsache, dass diese Einrichtung eine gesellschaftliche Aufgabe wahrnimmt, die für betroffene Frauen und ihre Kinder unverzichtbar ist und volle Unterstützung verdient. Dieser Kreis stellt sich in großer Einigkeit dieser Aufgabe und hat über alle Fraktionen die Verantwortung für eine gute Bewältigung dieser Arbeit übernommen. Ich halte das für einen überzeugenden Beleg für soziale Kompetenz.

Auch die Zivildienststelle an der Heinrich-Böll-Schule wurde auf Antrag von CDU und FDP auch von SPD und GRÜNEN unterstützt.

Für alle nachvollziehbar war auch der Antrag der bürgerlichen Mehrheit, Sachverständigenkosten zu reduzieren, weil sie nicht benötigt werden.

Einem Gutachten zur Frage der Beteiligung des Kreises am Flughafen Köln/Bonn haben wir zwar zugestimmt – einer tatsächlichen Beteiligung stehen GRÜNE aber äußerst skeptisch gegenüber angesichts real zu erwartenden fehlenden Einflussmöglichkeiten durch den Kreis.

Dass unser Antrag, Erfrock als überregional eingeführte Veranstaltung ebenso zu finanzieren wie etwa Brühler-Schlosskonzerte oder Gymnicher Ritt mit dem Hinweis zurückgewiesen wurde, dass dann auch andere kämen und Zuschüsse fordern, finden wir nach wie vor merkwürdig. Denn die genannten Veranstaltungen werden ebenfalls aus dem Kreishaushalt finanziert.

Da die Finanzierung über die KSK-Kulturstiftung möglich erscheint, wollen wir uns an dieser Stelle nicht weiter beschweren. Nachgedacht werden

sollte aber schon über Kriterien der Abgrenzung von rein örtlichen Veranstaltungen, die nicht vom Kreis finanziert werden, und solchen, die überörtlichen Charakter haben.

Dankbar sind wir allen Fraktionen für die Zustimmung zu unserem Antrag auf einen freiwilligen Sozialfonds zur Übernahme von Kosten für die Empfängnisverhütung für die jungen Frauen aus Sozialhilfehaushalten, die keinen eigenen Anspruch auf Leistungen nach SGB XI und XII haben.

Mit den Betreuungsvereinen wurde ein Vertrag geschlossen, in dem die Höhe der Zuschüsse auf 114.000 € festgesetzt wurde. Dem CDU/FDP-Antrag, den entsprechenden Haushaltsposten auf diesen Betrag festzusetzen, folgte der Kreisausschuss einstimmig. Also auch hier ist wieder festzustellen, dass fraktionsübergreifende Entscheidungen möglich sind.

Bei der Anschubfinanzierung der Seniorenakademie muss vor der Freigabe der Mittel ein Konzept auf den Tisch. Wir haben daher dem CDU/FDP-Antrag, einen Sperrvermerk bei dieser Ausgabe position anzubringen, zugestimmt. Dann kann im Fachausschuss darüber beraten werden, wie die Seniorenakademie ausgerichtet wird und auch, in welchem Verhältnis sie zu den Angeboten von Volkshochschulen und Wohlfahrtsverbänden steht.

Es ist ja auch ein gedeihliches Nebeneinander denkbar. Dies wiederum hängt vom Konzept ab. Daher finden wir den SPD-Antrag, die Haushaltsposition für die Anschubfinanzierung der Seniorenakademie schon heute ganz zu streichen, nicht zielführend. Wir wissen noch gar nicht, ob Volkshochschulen und Wohlfahrtsverbände das Angebot vorhalten können, das eine Seniorenakademie bieten würde.

Als wirklich großen Erfolg langjähriger Bemühungen sehe ich die gezeigte Bereitschaft, einen wirklich wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Solange ich Kreistagsmitglied bin, haben sich GRÜNE Jahr für Jahr für die Erhöhung der Aufforstungsmaßnahmen und damit Wiederherstellung wertvoller natürlicher Ressourcen eingesetzt. Die Zustimmung zu unserem Antrag auf Verdopplung der jährlichen Aufforstungsquote auf nunmehr 20 ha und der Bereitstellung von Mitteln hierfür ist ein klares Zeichen dafür, dass dieser von Industrie geprägte Kreis sich der Verantwortung für ökologische Nachhaltigkeit und die Erhöhung von Lebensqualität für Mensch und Natur real stellt.

Die CDU/FDP-Mehrheit hat den Antrag ergänzt, so dass jetzt 100.000 € jährlich für entsprechende Grundstückskäufe zur Verfügung stehen. Dafür allen vielen Dank.

Die Verbraucherzentrale soll an den Berufskollegs ein Schuldenpräventionsprogramm durchführen, wofür Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Damit greifen die Fraktionen eine Anregung der GRÜNEN Fraktion aus den letzten Haushaltsberatungen auf. Strittig ist die Höhe der zu gewährenden Zuschüsse. Wesentlich für GRÜNE ist, dass der Kreis sich die-

ser Aufgabe annimmt und junge Menschen über das Risiko von Schuldenfallen aufklärt.

Hinsichtlich der von allen für erforderlich gehaltenen baulichen Verbesserung der Maria-Montessori-Schule in Brühl beantragten CDU/FDP eine Erhöhung um 50.000 € und die Einrichtung eines Sperrvermerks. Die SPD beantragte Aufstockung und weitere Mittel für Einrichtungsgegenstände. Nach Ablehnung dieser Forderung wurde dann einstimmig der CDU/FDP-Antrag angenommen.

Fotovoltaikanlagen auf den Dachflächen von Kreisliegenschaften zu errichten, soll privaten Firmen weiter ermöglicht werden als wichtiger Impuls auch für private Hausbesitzer. Wenn es möglich ist, hier Konjunkturprogramm-II-Mittel zu nutzen, haben wir natürlich nichts dagegen, es darüber zu machen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Kreis ein entsprechendes Dachflächenkataster erstellt.

Auch der Bau des Energiekompetenzzentrums lässt sich über das Konjunkturprogramm II finanzieren. Das ist aus unserer Sicht in Ordnung. Noch einmal ausdrücklich zu würdigen ist, dass alle Fraktionen dieses Projekt unterstützen. Mit dieser Einrichtung wird ein wichtiger Schritt für zukunftsorientierte Ausbildung und damit zukunftssichere Arbeitsplätze getan. Damit wird auch der Teil des SPD-Antrages aufgegriffen, der die Finanzierung des Energiekompetenzzentrums aus Konjunkturprogramm-II-Mitteln verlangt.

Ob eine Ortsumgehung K 10 n erforderlich wird, wie es das Ergebnis der Bürgerwerkstatt war, ist vom abgestimmten Verfahren her noch nicht zu beschließen. Der SPD-Antrag greift dem Ausschussbeschluss vor, der ausdrücklich abhängig gemacht wurde vom Votum der Räte von Pulheim und Bergheim.

Dass Handlungsbedarf hinsichtlich der Unternehmensform der Kreisverkehrsgesellschaft besteht, wissen alle, die sich halbwegs mit der Materie auskennen. In diesem Jahr tritt eine EU-Richtlinie in Kraft, nach der auch Verkehrsleistungen auszuschreiben sind, wenn nicht eine eigene Gesellschaft mit der Durchführung von Busverkehren beauftragt wird. Der Rhein-Erft-Kreis hat eine solche Gesellschaft nicht. Die REVG gehört ihm zwar, führt aber keine Verkehre durch. Der Betreiber der Verkehre, die RVK, gehört dem Kreis nicht. Zusätzlich problematisch ist die Tatsache, dass die REVG zwar zu 100 Prozent dem Kreis gehört, die Kommunen aber im Aufsichtsrat das Sagen haben.

Damit hat der Kreis als Eigentümer keinen beherrschenden Einfluss – wir finden, dass diese Konstruktion eher blockierend wirkt auf einen innovativen ÖPNV. Hier sind Änderungen zwingend. Schließlich ist auch unklar, wie es mit den Konzessionsrechten in Zukunft aussieht. Sie entsprechen nicht dem europäischen Standard und sind ein Auslaufmodell. Also: Fragestellungen zuhauf, die einmal sauber aufgearbeitet werden müssen, wie

wir es beantragt haben. Wir hatten 50.000 Euro beantragt, die bürgerliche Mehrheit reduzierte auf 30.000 Euro, stimmt dem Anliegen aber zu. Warum die SPD meint, mit der REVG einfach so weiter wurschteln zu können, ist uns ein völliges Rätsel.

Erst wenn Benzin so teuer ist, dass die Leute in noch größeren Massen in Bus und Bahn strömen als heute, werden sie merken, dass sie mehr und bessere öffentliche Verkehrsangebote brauchen. Dazu gehört auch, den Schienenverkehr in intelligenter und nachhaltiger Weise auszubauen. Intelligent und nachhaltig heißt, möglichst weitgehend vorhandene Trassen und Schienen zu nutzen.

Hierzu macht das Konzept Villedahn entsprechende Vorschläge. Sie haben mit der Mehrheit von CDU, FDP und SPD eine von uns beantragte Machbarkeitsstudie abgelehnt. Nun denn, Sie werden früher oder später auf den Vorschlag zurückkommen.

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, das Tarifrecht anzuerkennen. Dem SPD-Antrag, dieses zu tun, wurde einstimmig entsprochen. Dahinter stecken Fragen nach der Durchführung des Stellenplans. Bisher wurde die Genehmigung des Haushalts abgewartet, bevor entsprechende Stellenplanbeschlüsse umgesetzt wurden. Künftig müssen Stellenbewertungen sofort umgesetzt werden. Sie dürften damit deutlich restriktiver werden.

Der Grüne Antrag, ein Referat für Nachhaltigkeitsfragen einzurichten, wurde zurückgezogen, nachdem der Landrat dargestellt hat, das erforderliche Vorarbeiten hinsichtlich der Entwicklung von Kennzahlen erst einmal zu leisten sind. Wir nehmen das zur Kenntnis und bleiben am Ball.

Insbesondere bestehen wir aber darauf, dass ein Nachhaltigkeitsreferat ein deutlich umfassenderen Auftrag zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen hat, als beispielsweise die von der SPD geforderte Koordinierungsstelle zur Durchführung eines kreisweiten Gebäudesanierungsprogramms. Die im SPD-Antrag genannten Aufgaben sind Teil der Arbeit eines Nachhaltigkeitsreferates. Im Übrigen soll sich ja auch das Energiekompetenzzentrum mit den Fragen beschäftigen, die der SPD-Antrag nennt. Der SPD-Antrag wird daher in der Substanz aufgegriffen.

Der GRÜNE Antrag auf Einrichtung von je einer Sozialarbeiterstelle an den Berufskollegs von Bergheim und Horrem sind abgelehnt worden, weil die Schulleitungen den von uns dargestellten Bedarf anders einschätzen. Wenn die Schulleiter meinen, dieses Problem anders lösen zu können, müssen wir dies so akzeptieren. Dass es nur in diesem Kreis ohne unterstützende Sozialarbeit gelingen kann, Jugendliche mit massiven Lerndefiziten und Persönlichkeitsproblemen erfolgreich in ein eigenständiges Erwachsenenleben zu führen, halten wir schon für erstaunlich.

In den Fachausschuss verwiesen wurde der Antrag, Kennzahlen in Umsetzung des Gutachtens „Klimaschutzoptimierte Kreisverwaltung“ hinsichtlich

der Gebäude und des Fuhrparks zu entwickeln. Die Verwaltung ist am Thema dran. Wir sind gespannt. Es dürften etliche Maßnahmen wieder über das Konjunkturprogramm II finanziert werden können. Damit und mit den Verwaltungsausführungen zur Umsetzung des Konjunkturprogramms ist dem SPD-Antrag „Konjunkturprogramme I und II im Kreishaushalt berücksichtigen“ grundsätzlich umgesetzt.

Zertifizierten Naturstrom auszuschreiben, ist ein wichtiges Anliegen der Fraktion. Wir mussten den Antrag zurückziehen, weil diese Forderung nachvollziehbar in die aktuelle Ausschreibung nicht eingebracht werden konnte. Die Vorlage der Verwaltung bietet aber die Aussicht, dass wir das Ziel erreichen.

Die Entwicklung von Regio-Bus- oder Schnellbuslinien ist in den Arbeitskreis Nahverkehr und den Aufsichtsrat der REVG verwiesen worden. Wir sind nach unseren bisherigen Erfahrungen eher skeptisch und verfolgen intensiv, was dabei herauskommt.

Warum die Mehrheit den Antrag der Caritas auf Teilfinanzierung der Psychosozialen Beratungsstelle für Alkohol- und Medikamentenabhängige“ abgelehnt hat, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Eingangs wurde schon auf den tabellarischen SPD-Antrag hingewiesen. Auch hierzu die Grüne Bewertung:

Die SPD beantragt, die integrative Beschulung im Kreis zu fördern. Dem folgen wir auch deswegen nicht, weil hier die Kommunen als Schulträger gefordert sind. Allerdings ist eine Fachveranstaltung zum Thema sicher förderlich, hier konnten wir zustimmen.

Der SPD-Antrag auf Unterstützung der Schulsozialarbeit im Kreis kupfert den GRÜNEN Antrag ab. Na gut, das macht nichts. Dem Antrag wurde mit der gleichen Begründung nicht gefolgt, wie dem GRÜNEN Antrag, nämlich der, dass die Schulleiter das nicht für nötig halten.

Das tatsächlich originäre Thema der Volkshochschulen, das Nachholen des Hauptschulabschlusses zu ermöglichen, sollte originäres Thema der Volkshochschulen bleiben. Es bedarf hier keiner Intervention des Kreises.

Die Ausstattung der Förderschulen des Kreises mit aktuellem Unterrichtsmaterial pauschal einzufordern, ist zu wenig konkret. Wenn Bedarf besteht, muss er benannt werden.

Das Thema Demenz-Beratung muss weiter entwickelt werden. Der SPD-Antrag wurde durch CDU und FDP abgelehnt, weil die Verwaltung durch den Sozialausschuss schon jetzt beauftragt ist, entsprechende Vorlagen zu entwickeln.

Ebenso wenig ist erkennbar, was mit jeweils einer weiteren halben Stelle im Gesundheitsamt in den Bereichen Koordinierungsstelle Kindergesund-

heit und Stelle für Infektionsschutz gegenüber dem jetzigen Stand erreicht werden soll, der ja schon zusätzliche halbe Stellen vorsieht. Der Gesundheitsdezernent hält die Stellensituation jetzt für ausreichend. Wenn allerdings hinsichtlich des Infektionsschutzes die gesamte Bevölkerung nachgeimpft werden soll, wird man auch mit einer weiteren halben Stelle nicht hinkommen.

Das Thema Altersgerechtes Wohnen ist ebenfalls im Konjunkturprogramm II angesiedelt.

Schließlich noch der wohlfeile Antrag, die 2 Millionen-Kürzung bei der REVG zurückzunehmen. Dies in Kenntnis der Tatsache, dass die REVG in den letzten Jahren genau diesen Betrag zu viel erhalten hat, der nun verrechnet wird. Wenn das einige des SPD-Führungszirkels so kommentieren, dass die GRÜNEN für eine millionenschwere Kürzung im öffentlichen Nahverkehr eintreten, nur um CDU-Chef Zylajew zu gefallen, ist das eine boshafte Unterstellung. Es geht natürlich nicht um Leistungskürzungen, sondern um die Verrechnung von Vorauszahlungen. Das wissen Sie auch, aber es dräut halt der Wahlkampf und da nimmt man es dann nicht so genau. Schade.

Diese sehr ausführliche Darstellung über die Ergebnisse der Beratungen zum Haushalt 2009 ist dem Anspruch geschuldet, dass GRÜNE der interessierten Öffentlichkeit deutlich machen wollen, wie wir zu unserem Abstimmungsverhalten kommen.

Wichtig aber auch, um darzustellen, dass die jetzt ausbrechende Wahlkampf-Rhetorik eigentlich nicht der Wirklichkeit der Entscheidungsfindungen im Kreis entspricht. Hier wird vieles vernünftig und Partei übergreifend entschieden und gestaltet.

Wie eingangs schon gesagt, die Menschen haben wirklich andere Sorgen als Politiker-Geplänkel und ich bin überzeugt, dass die meisten seriöse Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Problemen im Kreis einem monatelangen Sommertheater „Wahlkampf“ vorziehen.

Dass es oft unterschiedliche Positionen der Fraktionen gibt, ist eh bekannt. Die muss man deutlich aufzeigen. Das kann man mit Haudrauf-Aktionen machen, wir ziehen die differenzierte Auseinandersetzung vor. Dass wir dann unseliger Kumpanei mit der Mehrheit im Kreis geziehen werden, wenn wir nicht alles, was von dort kommt, sofort mit Ekel und Abscheu verdammen, ist absurd. Damit leben wir, denn wie heißt es so schön: Everybody's Darling ist jedermanns Depp.

Bürgerinnen und Bürgern sollte nicht soviel Dummheit unterstellt werden, da nicht unterscheiden zu können. Denn wir können sehr deutlich machen, dass GRÜNE im Kreistag zielstrebig und aktiv für ihre Anliegen wirken.

Wir sind in die diesjährigen Beratungen mit vielen Anträgen gegangen. Zwei Drittel davon wurden entweder angenommen bzw. zur weiteren Befassung in andere Gremien verwiesen.

Ich denke, das ist eine Bilanz, die sich für eine Fraktion unserer Größe durchaus sehen lassen kann und das Fazit rechtfertigt, dass GRÜNE im Kreistag erfolgreich für ihr Ziel eines an Nachhaltigkeit orientierten Kreises gearbeitet haben.

Auf diesem Weg werden wir fortfahren und mit allen zusammenarbeiten, die sich diesem Ziel ebenfalls verpflichtet fühlen.

Die Fraktion hat das in ihrer Abschlussberatung einhellig so gesehen und stimmt deshalb dem Haushalt zu.